

Frieden als ökonomische Aufgabe

Werner Onken

Übersicht

- 1 1914 - 2014: 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs und 75 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs
- 2 Die Ökonomie als eine Frieden stiftende Kraft?
- 3 Militärökonomie
- 4 Pazifismus bei ökonomischen Autodidakten
 - 4.1 Henry George
 - 4.2 Silvio Gesell
- 5 John Maynard Keynes - Ein Ökonom mit friedenspolitischem Engagement
- 6 2014: 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs - Erneut eine hochexplosive Gemengelage

1 1914 - 2014: 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs und 75 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs

Genau 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs gibt es in diesem Jahr ganz besonders viele Erinnerungen an diesen großen Krieg, den Historiker mittlerweile als die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ betrachten. Freilich könnte man fragen, ob der Erste Weltkrieg und auch der Zweite Weltkrieg vielleicht ‚nur‘ vorläufige Höhepunkte einer „Urkatastrophe der Neuzeit“ waren, die bereits mit dem Bauernkrieg und dem 30-jährigen Krieg begann und sich seitdem in immer neuen Kriegen zwischen aufstrebenden und niedergehenden Mächten um die Hegemonie in Europa und in der Welt fortsetzten.

Zur Erinnerung an den Ersten Weltkrieg gehört die heute schwer nachvollziehbare Begeisterung, mit der auch Intellektuelle und Künstler wie zum Beispiel die expressionistischen Maler August Macke und Franz Marc freiwillig in diesen Krieg gezogen sind oder ihn bejubelt haben. Deren anfänglicher Hurrapatriotismus wich schnell einer großen Ernüchterung, als sie die Grausamkeit des Krieges an der Westfront hautnah miterlebten. Beide verloren sie ihr Leben auf dem Schlachtfeld - Macke schon in den ersten Kriegstagen und Marc im Frühjahr 1916. „Der Leichengeruch auf viele Kilometer im Umkreis ist das Entsetzlichste“, schrieb Marc Anfang September 1914 von der Front an seine Frau

und im November 1914: „Nun tobt dieser fürchterliche Krieg auch bald über ganz Asien. Persien, China werden unrettbar hineingerissen und ich glaube nicht, dass Amerika sich bis zum Ende dem Kampf entziehen kann. Dieser Weltbrand ist wohl der grausigste Moment der ganzen Weltgeschichte.“¹

Otto Dix, Käthe Kollwitz und andere KünstlerInnen haben danach den Menschen die Grauen des Krieges mit ihren künstlerischen Mitteln vor Augen geführt und eindringlich gemahnt: „Nie wieder Krieg!“ Der Dichter Erich Mühsam deutete an, worum es im Ersten Weltkrieg eigentlich ging:

„Wir töteten, wie man uns befahl, mit Blei und Dynamit,
für Vaterland und Kapital, für Kaiser und Profit.“²

Damit waren wirtschaftliche Ursachen von Kriegen angesprochen. Doch die Friedensbewegung, die sich mit Fragen der Rüstung und Abrüstung sowie des Völkerrechts beschäftigte, war in wirtschaftlichen Fragen unsicher und ratlos. „Es ist grausig und schmachvoll, dass ein Mensch den anderen tötet“, schrieb Carl von Ossietzky im Frühjahr 1921. „Wir Pazifisten haben gegen den Bürgerkrieg ebenso wenig ein Rezept wie gegen den Völkerkrieg. ... Also nicht die Verdammung des Bürgerkrieges ist unsere Aufgabe, sondern die Ausforschung des Nährbodens.“³

2 Die Ökonomie als eine Frieden stiftende Kraft?

Die Ausforschung des Nährbodens von Kriegen - wäre das nach dieser großen Katastrophe des Ersten Weltkriegs nicht auch eine Aufgabe gewesen, an der sich die Ökonomie hätte beteiligen können? Immerhin hatte dieser Krieg auch eine wirtschaftliche Seite - er wurde mit Mordinstrumenten geführt, die aus der im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts aufgekommenen großindustriellen Massenproduktion stammten: Die Rüstungsabteilungen von Großunternehmen lieferten Maschinengewehre, die pro Minute 600 Schüsse abfeuerten, Feldkanonen zum Abfeuern von Granaten, Kampfflugzeuge zum Abwerfen von Bomben und chemische Kampfgase. Die industrielle Revolution war also auch eine Revolution im Bereich der Rüstungsproduktion. Und den großen Unternehmen wie Krupp, Thyssen u.a. eröffneten sich Möglichkeiten, an Kriegen zu verdienen.⁴

¹ Franz Marc, Briefe aus dem Felde, München 1966, S. 7 (am 6.9.1914 aus der Nähe von Laveline) und S. 24 (am 11.11.1914 aus Hageville). - Vgl. auch den Katalog von Uwe Schneede (Hrsg.) zur Ausstellung „1914 - Die Avantgarden im Kampf“ vom November 2013 bis Februar 2014 in der Bundeskunsthalle in Bonn, Köln 2013.

² Erich Mühsam, Soldatenlied (Oktober 1916), in: ders., Brennende Erde, München 1920 und Reprint Berlin 1978, auf der Website <http://www.gedichte.eu/ex/muehsam/brennende-erde/soldatenlied.php>

³ Carl von Ossietzky, Nicht müde werden, in: Nie wieder Krieg (April 1921), Wiederabdruck in: Sämtliche Schriften Band 1, Reinbek 1994, S. 386 - 387.

⁴ Otto Lehmann-Russbült, Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie, Berlin 1929.

Der großindustriell geführte Erste Weltkrieg war zugleich der erste große Krieg zwischen den führenden Industriestaaten um das Öl und andere natürliche Ressourcen, auf deren Verfügbarkeit die westliche Zivilisation angewiesen war. Im Kampf um Öl- und Gasvorräte teilten sich die damaligen Großmächte den Nahen und Mittleren Osten auf, bildeten neue Vasallenstaaten und zogen willkürliche Grenzen - mit Langzeitfolgen, die bis in unsere Zeit reichen.⁵

Umso verwunderlicher ist es, dass die ökonomische Fachwissenschaft zum Thema Krieg und Frieden kaum etwas sagt. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war aus der klassischen Ökonomie die Neoklassik hervorgegangen. Sie beruhte auf dem realitätsfernen Menschenbild des sog. homo oeconomicus. Das wirtschaftliche Handeln einzelner Menschen deutete die Neoklassik als Bestreben, mit möglichst geringem Aufwand einen möglichst großen persönlichen Nutzen zu erzielen. Und dieses Nutzenstreben der vielen Individuen werde dann am besten durch freie Märkte zum allseitigen Gemeinwohl verbunden, wenn diese Märkte möglichst wenig staatlich reglementiert und sich weitgehend selbst überlassen werden.

Die Neoklassik errichtete ein großes Theoriegebäude aus lauter Gleichgewichtsmodellen, um zu beweisen, dass eine solche freie Marktwirtschaft den Wohlstand der Menschen sehr viel besser steigern kann als eine von der marxistischen Arbeiterbewegung angestrebte staatliche Planwirtschaft. Auch wenn ihre Kritik an der Planwirtschaft berechtigt war, so war es dennoch ein schwerer Fehler der Neoklassik, über die innere, strukturelle Ungerechtigkeit und Friedlosigkeit der sich selbst überlassenen Marktwirtschaft hinwegzusehen und so zu tun, als sei diese Marktwirtschaft die beste aller Welten. Die Neoklassik ersparte sich leider eine (selbst-)kritische Auseinandersetzung mit ihren Kritikern, zum Beispiel mit der Theorie von Rosa Luxemburg, welche den modernen Kapitalismus für ein in sich instabiles, krisenanfälliges System hielt, das zu seiner Aufrechterhaltung der gewaltsamen Eroberung von Kolonien mit gleichermaßen billigen Arbeitskräften und Naturressourcen sowie von neuen Absatzmärkten bedurfte.⁶

Auch durch die Grauen des Ersten Weltkriegs ließ sich die neoklassische Ökonomie nicht in ihrem Glauben an die Richtigkeit ihrer mathematischen Gleichgewichtsmodelle erschüttern. Der Krieg war für sie nur ein zeitweises, politisch und nicht ökonomisch bedingtes Geschehen - gleichsam eine exogene Störung, nach der die neoklassische Ökonomie wieder zu ihrer Tagesordnung zurückkehrte und ihre Gleichgewichtsmodelle weiter verfeinerte. Bekanntlich ließ sie sich damals auch nicht durch die große Inflation der frühen Nachkriegsjahre und die große Deflation der Weltwirtschaftskrise ab 1929 irritieren. Für die

⁵ Eric Laurent, Das Öl-Zeitalter - ARTE-Dokumentation am 1.9.2010, auf der Website <http://www.arte.tv/de/Das-Oel-Zeitalter/3389636,CmC=3392878.html> (Zugriff: 14.2.2014)

⁶ Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals (1913), Frankfurt/M. 3. Auflage 1969.

existenziellen Themen des Lebens fühlte sich die neoklassische Ökonomie nicht zuständig: So wie sie die Frage nach der Gerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung an die Sozialpolitik delegierte, so überließ sie die Verantwortung für Krieg oder Frieden den Außenpolitikern und Völkerrechtlern. Kriege interessierten die Ökonomie nur im Bereich der Finanzwissenschaften unter dem Aspekt ihrer Finanzierung.

Bis heute unterstellt die vorherrschende neoklassische bzw. neoliberale Ökonomie, dass die kapitalistische Marktwirtschaft in den zivilisierten Ländern die denkbar beste Form des wirtschaftlichen Zusammenlebens der Menschen sei. Noch immer dient die banale Floskel zur Rechtfertigung der globalisierten Ökonomie, wonach der freie Welthandel die beste Garantie für den Weltfrieden sei. Aus ihrer scheinbar friedlichen Modellwelt klammert die Neoklassik auch die vielen kleinen und mittleren Kriege aus, die stellvertretend für einen großen Dritten Weltkrieg seit Jahrzehnten in Afrika, Lateinamerika und Asien stattfinden.

3 Militärökonomie

Trotz der großen Katastrophen und Tragödien im 20. Jahrhundert hat es die ökonomische Fachwissenschaft leider bislang nicht als ihre Aufgabe angesehen, durch die Schaffung von sozialer Gerechtigkeit zum Frieden in der Welt beizutragen. Aber damit noch nicht genug. Die Ökonomie entzieht sich nicht nur ihrer Verantwortung für den Frieden, sondern es gibt im Schatten ihrer Theorieentwicklungen sogar noch einen besonderen Forschungsbereich, den auch die Friedensbewegung bislang kaum beachtet hat: nämlich die Militärökonomie, über die die scheinbar so friedliche Ökonomie mit dem „Militärisch-Industriellen Komplex“ eng verbunden ist.

Ausgehend von der Vorstellung vom Militär als dem „ältesten Großbetrieb“⁷ entstand während des Ersten Weltkriegs eine spezielle „Kriegswirtschaftslehre“. Zwischen den beiden Weltkriegen wandelte die sich zu einer „Wehr- bzw. Verteidigungswirtschaft“. Als der NS-Staat militärische Expansionen vorbereitete und den Zweiten Weltkrieg auslöste, um Land für das sog. „Volk ohne Raum“ zu erobern, entstand in den USA die angelsächsische „Economy of Defense“. Während der Jahrzehnte des Kalten Krieges, zu dem auch die ‚heißen‘ Kriege in Korea und Vietnam gehörten, standen sich in den beiden nuklear gerüsteten Machtblöcken des kapitalistischen Westens und des kommunistischen Ostens Militärökonomien gegenüber. Beide Seiten betonten ihre jeweilige eigene Friedfertigkeit und unterstellten der jeweiligen anderen Seite Angriffsabsichten.

⁷ Oswald Hahn, Militärbetriebslehre - Betriebswirtschaftslehre der Streitkräfte, Berlin 1997, S. 36 und 54 - 59.

und mobiles Wehrmaterial) sowie die Organisation und Finanzierung der sog. militärischen Leistungswirtschaft.¹¹

In geringerem Maße geht es in der Militärökonomie auch um volkswirtschaftliche Fragen der Armee als Wirtschaftsfaktor, also um die Tragbarkeit militärischer Lasten, um die ‚Produktivität‘ militärischer Ausgaben und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigung und den technischen Fortschritt. Sehr zu Recht kritisiert ausgerechnet die Militärökonomie, dass die herrschende Neoklassik in ihrer Produktionsfunktion nur die Arbeit, das Kapital und den technischen Fortschritt als Quellen des Wohlstands ansieht und dass sie dabei die Natur außer Acht lässt. Aber sie kritisiert diese „Ausklammerung der Natur“ nicht etwa aus ökologischen Gründen als „heute nicht mehr verantwortbar“. Vielmehr verweist die Militärökonomie auf die strategische Bedeutung und sicherheitspolitische Notwendigkeit eines jederzeitigen Zugriffs auf Land, See und Luft als militärischen Operationsebenen, auf denen Kriege entschieden werden.

Merkwürdigerweise nimmt übrigens auch der neuere Nachhaltigkeitsdiskurs bislang keinerlei Anstoß daran, dass die Militärökonomie ein geradezu pervernes Interesse an der Natur zeigt. Im Nachhaltigkeitsdiskurs wird leider auch kaum thematisiert, dass natürliche Ressourcen in erheblichem Umfang für die Produktion von Rüstungsgütern beansprucht bzw. verschwendet werden und dass in Kriegen gewaltige ökologische Schäden angerichtet werden. Gemäß einer 3Sat-Dokumentation „Natur unter Beschuss“ entfallen etwa 6 % des weltweiten Ressourcenverbrauchs auf die Rüstungsproduktion und etwa 10 % des globalen CO₂-Ausstoßes auf Rüstung und Kriege. Hinzu kommen unschätzbare Umweltschäden durch die Versenkung von Kriegsschiffen und (Uran-)Munition in den Weltmeeren, durch großflächige Entlaubungen von Wäldern wie im Vietnamkrieg und durch Versuche mit Atombombenexplosionen.¹²

Mit der Suche nach möglichen Ursachen von Konflikten, Gewaltausbrüchen und Kriegen hält sich die Militärökonomie nicht lange auf. „Letztlich liegen alle Konflikte im Individuum, d.h. die Konfliktursache liegt im Menschen“, schrieb Michael Hofmann in einem Artikel über die Konfliktforschung im „Handbuch zur Ökonomie der Verteidigungspolitik“. Demnach sind also Gewalt und Krieg

¹¹ Günter Kirchoff, Handbuch zur Ökonomie der Verteidigungspolitik, Regensburg 1987. - Oswald Hahn, Militärbetriebslehre - Betriebswirtschaftslehre der Streitkräfte, Berlin 1997. - Bruno Staffelbach, Ökonomie ist nicht alles, aber ohne Ökonomie ist auch militärisch Alles nichts, Diskussionspapier Nr. 9 - Universität Zürich, auf der Website <http://www.business.uzh.ch/professorships/hrm/forschung/diskussionspapiere/Diskussionspapier%20Nr.%2009.pdf> (Zugriff: 15.2.2014).

¹² 3Sat-Dokumentation „Natur unter Beschuss - Ökologische Folgen des Krieges“ am 23.1.2014, auf der Website <http://www.3sat.de/mediathek/?mode=play&obj=38543>. - Vgl. auch Lothar Brock, Bedeutung natürlicher Ressourcen in den Kriegen der Gegenwart, in: Jahrbuch Ökologie 2005, München 2005, S. 87 - 101. - Seth Shulman, Ökologische Schäden des Kalten Krieges in den USA, in: Bernd Greiner u.a. (Hrsg.), Ökonomie im Kalten Krieg, Bonn 2010, S. 242 - 259. - Paul Josephson, Umweltschäden des Kalten Krieges in der UdSSR, in: Bernd Greiner u.a. Hrsg. (wie Anm. 12), S. 326 - 346.

unausweichlich in das menschliche Leben ‚einprogrammiert‘. Somit bleiben für die Militärökonomie nur die Abschreckung und der Kampfeinsatz bei verfehlter Abschreckung. Ausdrücklich verwarf Hofmann weitergehende Bestrebungen, Konflikte aus überindividuellen Sozialstrukturen und Herrschaftsverhältnissen abzuleiten. Solche Erklärungsversuche „tragen letztlich nicht das Wesentliche zum Verständnis des eigentlichen Konfliktgeschehens bei.“¹³

Zweifellos sind Menschen sowohl zum Guten als auch zum Bösen fähig. Aber könnte es nicht sein, dass ungerechte und darum auch unfriedliche Sozialstrukturen und Herrschaftsverhältnisse das Gute an seiner Entfaltung hindern und das Böse begünstigen? Aus einer solchen Sicht könnte sich die Aufgabe ergeben, für gerechtere und friedlichere Strukturen des menschlichen Zusammenlebens zu sorgen und damit sowohl der „strukturellen Gewalt“ (Johann Galtung¹⁴) als auch der offen ausbrechenden Gewalt den Nährboden zu entziehen.

4 Pazifismus bei ökonomischen Autodidakten

Nach dem alles in allem ernüchternden Befund des friedenspolitischen Vakuums in der herrschenden Ökonomie ist es umso erfreulicher, dass es bei einigen Außenseitern der Ökonomie und schließlich bei John Maynard Keynes als dem wohl berühmtesten Ökonomen des 20. Jahrhunderts ein stark ausgeprägtes friedenspolitisches Engagement gab.

4.1 Henry George

Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts beobachtete der us-amerikanische Sozialreformer Henry George (1839-1897), wie vor allem in den großstädtischen Ballungsräumen der USA, aber auch entlang der großen Eisenbahnlinien mit Grund und Boden spekuliert wurde. Er mahnte, dass alle hehren Menschenrechtspostulate in der Unabhängigkeitserklärung von 1776 letztlich zu Makulatur werden, wenn nicht jedem einzelnen Menschen, der von der Erde genommen ist und wieder zu Erde wird, ein Grundrecht auf eine gleiche Teilhabe an dieser Erde verschafft wird - sowohl an den Flächen für Wohn- und Arbeitszwecke als auch an den Ressourcen, die Henry George ebenfalls schon als Gemeinschaftsgüter betrachtete. Der Boden und die Ressourcen waren für George ein gemeinschaftliches unveräußerliches Erbe aller Menschen. Und jede Einschränkung dieses Grundrechts auf eine gleiche Teilhabe durch Eigentumsprivilegien und durch eine private Vereinnahmung von leistungslosen

¹³ Michael Hofmann, Artikel „Konfliktforschung“ in: Günter Kirchoff, Handbuch zur Ökonomie der Verteidigungspolitik, Regensburg 1987, S. 395.

¹⁴ Johann Galtung, Strukturelle Gewalt - Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek bei Hamburg 1982.

Einkünften aus der Bodenrente bewirkt ihm zufolge soziale Ungerechtigkeiten und Armut inmitten von Fortschritt und Wohlstand - und infolgedessen auch inneren Unfrieden.¹⁵

Um soziale Gerechtigkeit und inneren wie äußeren Frieden zu erreichen, wollte Henry George die „fehlerhaften sozialen Einrichtungen“, also in erster Linie das Bodenrecht so reformieren, dass es jeden Menschen zu einem gleichen Teilhaber an der Erde macht. Allerdings ging er nicht so weit wie andere Bodenrechtsreformer, die die bisherigen Bodeneigentümer entschädigen, den Boden in die Hände des Staates überführen und dann zeitlich befristete und entgeltliche Nutzungsrechte im Sinne von Erbbaurecht und Erbpacht vergeben wollten. George wollte das Bodenprivateigentum nicht antasten, aber dennoch die private Bodenrente zu Gunsten der Allgemeinheit vollständig besteuern und im Gegenzug andere Steuern abschaffen, so dass dann die Bodensteuer die einzige Steuerquelle eines demokratischen Rechtsstaates wäre (Single Tax).¹⁶

In der Schaffung einer gerechten Einkommensverteilung durch eine Vergesellschaftung der Bodenrente sah Henry George auch einen wirksamen Schutz der Demokratie vor Machtballungen, die den Rechtsstaat in ein Instrument zur Durchsetzung von Sonderinteressen verwandeln und dabei das Recht durch Macht beschädigen. „Der große Reichtum unterstützt stets die in der Macht befindliche Partei, sei sie so verderbt, wie sie wolle“, schrieb George im Jahr 1885 und warnte weit blickend: „Die demokratischen Formen können bleiben, aber unter demokratischen Formen können sich eben so viel Tyrannei und Missregierung verbergen wie in allen anderen - ja sie bieten sich gerade am bereitwilligsten der Tyrannei und Missregierung dar.“¹⁷ Und nicht zuletzt hatte George die Befürchtung, dass in einem ungerecht strukturierten Gemeinwesen das Militär ein zu großes Gewicht bekommen könnte. „Stehende Flotten und stehende Heere sind dem Geiste der Demokratie feindlich und es sollte unser Stolz sein, wie es unsere Pflicht ist, der Welt zu zeigen, dass die große Republik beider entbehren kann. ... Alles, was wir brauchen, ist eine kleine Truppe von Grenzsoldaten, wie sie in Australien und Kanada gehalten wird.“ Das vom europäischen Adel übernommene hierarchische System des Militärs betrachtete George jedenfalls als „Hohn auf die Demokratie“.¹⁸

Im Hinblick auf die außenwirtschaftliche Verflechtung einzelner Staaten und ihre Außenpolitik war George überzeugt, dass ein von jeglichem Handelsprotektionismus freier weltweiter Freihandel die Völker der Erde friedlich miteinander verbinden könne - allerdings nur unter der Voraussetzung, dass dieser

¹⁵ Henry George, Fortschritt und Armut (amerikanische Erstausgabe „Progress and Poverty“ 1879), Düsseldorf 3. Aufl. der deutschen Übersetzung 1966, S. 164 (Recht auf gleiche Teilhabe am Boden)

¹⁶ Henry George, Fortschritt und Armut (wie Anm. 15), S. 53 und 66, 136 - 138.

¹⁷ Henry George, Soziale Probleme (Erstausgabe 1885), Berlin 1967, S. 11 - 14.

¹⁸ Henry George, Soziale Probleme (wie Anm. 17), S. 158 - 159.

freie Welthandel nicht nur frei von Zöllen ist, sondern auch frei von jeglichen monopolistischen Machtballungen.

4.2 Silvio Gesell

Auch in dem alternativökonomischen Denkansatz des deutsch-argentinischen Sozialreformers Silvio Gesell (1862-1930) werden Bürger- und Völkerkriege nicht auf die Natur des Menschen oder gar auf besondere Eigenschaften von Ethnien zurückgeführt. Gesell machte dafür ähnlich wie George „naturwidrige menschliche Einrichtungen“ verantwortlich. Damit meinte er rechtlich verfestigte Privilegien in den Bereichen des Bodenrechts und auch des Geldwesens, welche die einzelnen Gesellschaften und die ganze „Menschenfamilie“ in Reiche und Arme aufspalten. Verfälscht durch Privilegien, verwandelt sich das Spiel der wirtschaftlichen Kräfte auf freien Märkten in einen „bürgerlichen Wirtschaftskrieg“.¹⁹

Mit Henry George stimmte Silvio Gesell darin überein, dass die rechtliche Ungleichheit der Teilhabe an den elementaren natürlichen Lebensgrundlagen des Bodens und der Ressourcen eine ganz wesentliche Ursache für den Unfrieden zwischen Menschen und Völkern ist. Und über George hinausgehend erkannte Gesell, dass nicht allein die Bodenrente ein leistungsloses Einkommen ist. Auch mit dem Zins des Geld- und Realkapitals geht eine Umverteilung von Arbeitenden zu Besitzenden einher, welche Ungerechtigkeit und Unfrieden erzeugt. Rechtlich verfestigte Privilegien zementieren also eine ungleiche Teilhabe an den natürlichen Lebensgrundlagen und an den zwischenmenschlichen Austauschprozessen, die die Würde aller Menschen zutiefst verletzt, kränkend wirkt und einen Nährboden für Gewalt schafft.

- Zum einen ist unser Verhältnis zur Erde als unveräußerlichem Gemeinschaftsgut aller jetzt und zukünftig lebenden Menschen gestört. Als aufrecht zwischen Himmel und Erde gehenden Wesen werden wir gleichsam gekrümmt, wenn wenige Besitzende mehr Anteil an den Lebensgrundlagen haben als viele Besitzlose. Die Erde mit all ihren Schätzen betrachtete Gesell als ein „einheitliches, unteilbares Wirtschaftsgebiet“, als eine „Plazenta des Menschengeschlechts“ und als ein „Organ jedes einzelnen Menschen. ... Den Schwarzen, den Roten, den Gelben, den Weißen - allen ohne Ausnahme gehört die Erde ungeteilt. ... Jeder einzelne Mensch hat auf den ganzen Erdball die gleichen unveräußerlichen Rechte, und jede Einschränkung dieses Urrechts bedeutet Gewalt, bedeutet Krieg.“²⁰

¹⁹ Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, 4. Aufl. Rehbrücke bei Berlin (1920), in: Gesammelte Werke Band 11, Lütjenburg 1991, S. 55.

²⁰ Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung (wie Anm. 19), S. 65 und 99 - 101.

- Und das Geld verbindet uns nicht auf gleicher Augenhöhe, sondern es schafft soziale Ungleichheiten. In unseren Tausch- und Kreditbeziehungen bilden wir gewissermaßen noch keine horizontale Menschenkette, sondern eine vertikale Schichtung von Mächtigen und Ohnmächtigen. Unter diesen Umständen ist die Verbindung unserer Hände - daher kommt auch das Wort ‚Handel‘ - noch nicht vertrauensvoll und verlässlich. Vielmehr wird sie durch strukturelle Ungerechtigkeiten gestört und zeitweise durch Spekulationsmanöver auch ganz unterbrochen.

In den bestehenden ungerechten Strukturen des Bodenrechts und des Geldwesens erblickte Gesell „soziale Spaltpilze und Sprengkörper, die schon die Staaten des Altertums in Trümmer legten und auch wieder mit unserer Kultur fertig werden, wenn wir uns nicht rechtzeitig davon noch befreien“²¹ - und zwar durch Reformen des Bodenrechts und des Geldwesens.

Anders als George trat Gesell dafür ein, den Boden (gegen Entschädigung) und die Ressourcen als Gemeingüter in die Hände der Allgemeinheit zu überführen. Wie bei der Erbpacht und dem Erbbaurecht sollten zeitlich befristete, rechtstaatlich klar definierte private Nutzungsrechte gegen ein laufendes Entgelt vergeben werden, welches dann wiederum der Allgemeinheit zugutekommen sollte. Und das Geldwesen wollte Gesell so umgestalten, dass sich Geldvermögen nicht mehr durch den Zins und Zinseszins gleichsam von selbst exponentiell ins Unendliche vermehren können. Bei einem durchschnittlichen Zinsniveau von Null sollte es den Menschen und Märkten nur noch als ein neutrales Tausch- und Kreditmittel dienen, also als ein ökonomisches Kommunikations- und Integrationsmittel.

Statt die theoretischen Grundlagen einer Geldreform hier näher auszuführen²², seien die friedenspolitischen Schlussfolgerungen skizziert, die Gesell vor und nach dem ersten Weltkrieg aus seiner Boden- und Geldreform gezogen hat. Bereits 1912, also zwei Jahre vor dem Beginn der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ in Europa, warnte er für den Fall vor einem schrecklichen Krieg, dass es der Politik nicht gelinge, noch rechtzeitig in die Richtung einer Schaffung von sozialer Gerechtigkeit umzusteuern: „So besteht also tatsächlich die Gefahr, dass dasselbe Geld, das die Arbeitsteilung entwickelte und uns dadurch aus der Barbarei heraushob, uns durch die ihm anhaftenden Fehler mit blutigen Köpfen wieder in die Barbarei zurückstoßen wird. Das herkömmliche Geld kann mit einer schadhafte Leiter verglichen werden: je höher wir steigen, umso tiefer stürzen wir, wenn sie bricht. Und sie wird brechen. Unser Geld bedingt den Kapitalismus, den Zins, die Massenarmut, die Revolte und schließlich den Bürgerkrieg, der erfahrungsgemäß mit unheimlicher Schnelligkeit zur Barbarei zu-

²¹ Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung (wie Anm. 19), S. 56.

²² Vgl. hierzu die weiterführenden Literaturhinweise auf der Website <http://www.sozialoekonomie.info/Forschung/Grundlagenliteratur/grundlagenliteratur.html>

rückführt. ... Wer es aber vorzieht, seinen eigenen Kopf etwas anzustrengen statt fremde Köpfe einzuschlagen, der studiere das Geldwesen, der trachte danach, die ‚unbegrenzten Möglichkeiten‘, die in der Arbeitsteilung liegen, dadurch der Menschheit und der Friedensidee dienstbar zu machen, dass er für diese Arbeitsteilung ein zweckentsprechendes Geldwesen schafft.“²³

Dennoch gehörte auch Gesell leider zu denjenigen, die sich 1914 vom weit verbreiteten Hurratriotismus anstecken ließen und kurzzeitig glaubten, dass der Krieg eine Erneuerung des verfahrenen Lebens bewirken würde.²⁴ Aber bald besann er sich auf seine eigentliche friedensökonomische Grundhaltung, die er dann während seiner Zeit in der Schweiz ausführlicher darstellte: „Ist die Wirtschaft in Ordnung, so ist auch der Friede gesichert. Gegensätze aus der geistigen Welt stören niemals ernsthaft den Frieden. Selbst die sog. Religionskriege hatten recht nüchterne wirtschaftliche Beweggründe. Auch Rasse und Sprache veranlassen keinen Krieg, wie denn überhaupt der Krieg nichts mit den Lebenserscheinungen zu tun hat.“²⁵

Gesells Ansicht, dass Gewalt und Krieg nicht zwangsläufig in der menschlichen Natur angelegt seien, sondern ihre tieferen Ursachen in weltweit verbreiteten ungerechten Strukturen unseres Zusammenlebens haben, kommt der aktuell diskutierten These des australischen Historikers Christopher Clark entgegen. Clark, der freilich nur auf der außenpolitisch-diplomatischen Ebene argumentiert und die ökonomischen Triebkräfte von Kriegen unberücksichtigt lässt, macht bekanntlich nicht allein das Großmachtstreben des deutschen Kaiserreiches für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs verantwortlich, sondern eine höchst komplexe gesamteuropäische Konfliktkonstellation mit mehreren Brennpunkten, an denen ein großer Krieg beginnen konnte.²⁶ Ebenso wenig wie heute Clark und ähnlich denkenden Historikern ging es Gesell damals mit seiner Deutung des Krieges als eines „ehelichen Kindes der sozialen Zustände“ nicht darum, die Verantwortung des größtenwahnsinnigen deutschen Kaiserreiches zu relativieren. Auch wenn „die Schuldfrage ... für uns keine Frage einzelner Personen (ist)“, sondern „eine Frage der Organisation der menschlichen Gesellschaft“, so stellte der deutsche Einmarsch in Belgien für Gesell dennoch ein Verbrechen dar: „Unser Staat brach mitten im Frieden in das Land der mit uns in Frieden und Freundschaft lebenden Belgier ein, sengend und brennend verwüstete unser Staat das Land des friedlichsten aller Völker.“²⁷ Und den gesam-

²³ Silvio Gesell, Geld oder Krieg? (1912), in: GW Band 7, S. 169 - 170.

²⁴ Silvio Gesell, Kriegsflugblatt Nr. 4 (1914), in: GW Band 8, S. 166 und 172 - 173.

²⁵ Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung (wie Anm. 19), S. 56.

²⁶ Christopher Clark, Der Schlafwandler - Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, Berlin 2013, S. 13, 15 und 716 - 717. - Vgl. außerdem Herfried Münkler, Der Große Krieg - Die Welt 1914 - 1918, Berlin 2014.

²⁷ Silvio Gesell, Der Abbau des Staates nach Einführung der Volksherrschaft - Denkschrift an die zu Weimar versammelten Nationalräte, in: GW Band 10, S. 238. - Ders., Deutsche Vorschläge für die Neugründung des

ten Ersten Weltkrieg betrachtete er als einen „verbrecherischen nationalistischen Krieg“, der letztlich um die Sicherung von „Zugängen zu lebenswichtigen Rohstoffquellen“ geführt worden sei, und als das „schrecklichste Ereignis der Weltgeschichte“.²⁸

Nach dessen Ende teilte Gesell kurzzeitig die Hoffnungen auf eine Revision des Versailler Friedensvertrags, trat dann aber schon bald der nationalistischen Propaganda von der sog. ‚Kriegsschuldlüge‘ und vom ‚Schmachfrieden von Versailles‘ mit der Forderung entgegen, dass Deutschland die Reparationsforderungen der Siegermächte erfüllt und sich - ohne verlorene Gebiete zurückzufordern - mit Frankreich, Polen, Tschechien und anderen ehemaligen Kriegsgegnern aussöhnt.²⁹ Die Tilgung der durch die Kriegsfinanzierung aufgeblähten Staatschulden und die Reparationslasten wollte er mit einer gestaffelten, bis zu 75%igen Vermögensabgabe finanzieren und ausdrücklich keine zusätzlichen Auslandsanleihen aufnehmen.³⁰ Im Zuge einer Bodenrechtsreform sollte insbesondere der ostelbische Großgrundbesitz aufgeteilt werden, um die noch junge demokratische Republik vor der politischen Reaktion zu schützen. Und mit Hilfe einer Geldreform sollte die deutsche Binnenwirtschaft eine absolut stabile Währung als Fundament für die Weimarer Demokratie erhalten.³¹

Außerdem entwickelte Gesell erste Vorstellungen von einem „schönen Ziel einer internationalen Kultur“. Deutschland und andere europäische Staaten sollten sich nicht mehr als Machtstaaten verstehen, die in anderen Erdteilen Kolonien erobern und sich dann als sog. ‚nationale Wirtschaftsgebiete‘ mit Zöllen voneinander abschotten und um die Vorherrschaft in Europa oder in der Welt kämpfen. Als in sich gerecht geordnete und nicht mehr nach Expansion strebende Gemeinwesen sollten sich europäische und auch überseeische Staaten in einem „Akt internationaler Brüderlichkeit“ freiwillig zu einer „Internationalen Valuta-Assoziation“ zusammenschließen, die den freien Welthandel mit Hilfe eines neutralen Weltgeldes in ein Gleichgewicht bringt. Dieses Weltgeld hätte vom damaligen Völkerbund verwaltet werden können - entweder in Genf oder in Den Haag in der Nachbarschaft des Internationalen Gerichtshofs. Und

Völkerbunds und für die Überprüfung des Versailler Vertrags, in: GW Band 12, S. 291 - 293. - Ders., Mehr aktive Außenpolitik! (1923), in: GW Band 14, S. 324.

²⁸ Silvio Gesell, Aufruf zum Eintritt in den Schweizerischen Freiland-Freigeld-Bund (1916), in: GW Band 10, S. 22. - Ders., Petrol-Trust, in: GW Band 13, S. 146 - 147. - Ders., Fürsten- oder Kriegsbeschädigtenentschädigung (1926), in: GW Band 16, S. 186 - 188.

²⁹ Silvio Gesell, Wie viel gewinnt Deutschland durch die Abtretung der polnischen Gebiete?, in: GW Band 13, S. 109 - 110. - Ders., Fort mit der Diktatur der Unfähigen, in: GW Band 14, S. 310 - 320. - Ders., Wie wir Deutschland im Völkerbund vertreten würden, in: GW Band 16, S. 96 - 97.

³⁰ Silvio Gesell, Das Trugbild der Auslandsanleihe und ein neuer Vorschlag zum Reparationsproblem, in: GW Band 14, S. 114.

³¹ Silvio Gesell, Ein Fürstendiener als Präsident der Republik, in: GW Band 16, S. 191 - 192. - Ders., Die gesetzliche Sicherung der Kaufkraft des Geldes durch die absolute Währung - Denkschrift zu einer Eingabe an die Nationalversammlung, in: GW Band 10, S. 249.

ansatzweise erwog Gesell auch schon eine internationale Verwaltung der weltweiten Ressourcenvorräte. „Es gibt keine englische Kohle und kein deutsches Kali. Denn jeder Mensch, gleichgültig, welchem Staate er angehört, hat das gleiche Recht auf die ‚englische Kohle‘, das ‚amerikanische Erdöl‘ und das ‚deutsche Kali‘.“³²

Bekanntlich nahm die reale Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg einen ganz anderen Verlauf. Statt mit einer gestaffelten Vermögensabgabe entschuldete sich der Staat im Wege einer gigantischen Inflation, bei der die mittleren und unteren Schichten ausgeraubt und entwurzelt wurden. Diese Inflation betrachtete Gesell als eine „Sabotage an der Demokratie“, der zu ihrem Aufbau eine stabile wirtschaftliche Grundlage fehlte. „Die Währung hält den Staat zusammen oder sprengt ihn - je nach dem. Wird hier gepfuscht, so löst er sich in kleinste Teile auf, wie wir es jetzt erleben, in Atome, die sich gegenseitig abstoßen.“³³

Unter diesen Umständen ahnte Gesell schon in den frühen 1920er Jahren, dass der „bürgerliche Wirtschaftskrieg“ früher oder später wieder in ein großes Blutbad übergehen würde. Mitte 1923, auf dem Höhepunkt der großen Inflation, warnte er vor den „sogenannten Patrioten, die die allgemeine Zerfahrenheit benutzen werden, um den Mangel an Nationalgefühl für die Zustände verantwortlich zu machen. Dann wird man zur Hebung solchen Nationalgefühls zu dem bewährten Mittel greifen, die Völker zu verhetzen, und an die niedrigsten Instinkte wird man appellieren. Alles, was das Ausland Gutes schafft, wird entweder verschwiegen oder herabgesetzt, während das Ungünstige breitgetreten wird. Dann ist die Stimmung bald wieder reif für einen Krieg.“³⁴

³² Silvio Gesell, La pletora monetaria de 1909 y la anemia monetaria de 1898, in: GW Band 5, S. 235 - 245. - Ders., Internationale Valuta-Assoziation, in: GW Band 12, S. 149 - 195 und 312 - 313. - Ders., Die Natürliche Wirtschaftsordnung (wie Anm. 19), S. 72. - Ders., Die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag durch die Geld- und Bodenreform (1906), in: GW Band 4, S. 78 (erste Erwähnung einer „internationalen Weltkasse“ für die Boden- und Ressourcenrenten). - Ders., Freikohle - die Formel für den Frieden in Oberschlesien, in: GW Band 13, S. 92 - 93.

³³ Silvio Gesell, Verteidigungsrede, in: GW Band 12, S. 28 (Kriege als Folge von Währungspfuscherien). - Ders., Wie man die Kreditnot bekämpfen soll, in: GW Band 16, S. 148. - Die Natürliche Wirtschaftsordnung (wie Anm. 19), S. 97 (Kriege als Folge eines ungleichen Zugangs zur Erde). - Vgl. auch die neuere Studie von Frederic Taylor, Inflation - Der Untergang des Geldes in der Weimarer Republik und die Geburt eines deutschen Traumas, Berlin 2013.

³⁴ Silvio Gesell, Der Aufstieg des Abendlandes, in: GW Band 14, S. 205 - 206. - Zum Verhältnis Gesells zur damaligen Friedensbewegung vgl. Werner Onken, Frieden schaffen durch soziale Gerechtigkeit, Lütjenburg 2000, S. 34 - 40, auf der Website http://www.werner-onken.de/tl_files/modern_green/images/Onken.FRIEDEN.pdf

5 John Maynard Keynes - Ein Ökonom mit friedenspolitischem Engagement

Innerhalb der Standardökonomie war John Maynard Keynes (1883-1946) als berühmtester Ökonom des 20. Jahrhunderts der einzige, der mit einem friedenspolitischen Engagement hervorgetreten ist.

Als Vertreter des britischen Schatzamtes gehörte Keynes für einige Monate der britischen Delegation bei der Konferenz in Paris an, auf der die Siegermächte einen Friedensvertrag mit Deutschland aushandelten. Dieser im Juni 1919 unterzeichnete Vertrag wies Deutschland die alleinige Schuld am Krieg zu und erlegte ihm Gebietsabtretungen, Abrüstungsmaßnahmen und Reparationszahlungen in Höhe von 132 Milliarden Goldmark auf. Insbesondere die Höhe der Reparationsforderungen empfand Keynes als unangemessen und er sah die Gefahr voraus, dass in Deutschland ein nationalistisches Streben nach Revanche zu einem Hindernis für einen friedlichen Neubeginn in Europa werden könnte. Es gelang ihm jedoch nicht, mäßigend auf die Vertragsverhandlungen einzuwirken. Deshalb trat er noch vor deren Abschluss unter Protest gegen die mehrheitlich vorgesehenen Vertragsbedingungen von seinem Posten in der britischen Delegation zurück. Wenige Monate später veröffentlichte Keynes sein Buch über die „Wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges“, das ein großes Aufsehen erregte. Den weiteren Gang der Ereignisse konnte es jedoch nicht beeinflussen, wurde durch sie aber im Nachhinein bestätigt.

Trotz allen Schmerzes über das von Deutschland besonders in Frankreich angerichtete Leid mahnte Keynes, dass Hass- und Rachegefühle nicht der richtige Ratgeber bei der Schaffung einer tragfähigen Nachkriegsordnung seien. Den 14-Punkte-Plan des US-Präsidenten Wilson hielt er für „nebelhaft und unvollständig“. Die Friedensverhandlungen in Paris standen nach Keynes' Eindruck ganz im Zeichen des noch spürbaren Leidens an den Grauen des Krieges und „die Zukunft Europas interessierte dort nicht“.³⁵ So erschien ihm schließlich der Versailler Vertrag als ein Weg der Siegermächte, „den Umsturz zu vollenden, den Deutschland begann - durch einen Frieden, dessen Verwirklichung das empfindliche, verwickelte, durch den Krieg bereits erschütterte und zerrissene System, aufgrund dessen allein die europäischen Völker arbeiten und leben können, noch weiter zerstören muss, statt es wiederherzustellen.“³⁶ Der Versailler Vertrag würde Deutschland ökonomisch allzu stark schwächen und damit die europäischen bzw. internationalen Wirtschaftsbeziehungen beeinträchtigen. Außerdem ahnte Keynes den innenpolitischen Sprengstoff, den der Ver-

³⁵ John Maynard Keynes, Krieg und Frieden - Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles (Erstveröffentlichung unter dem Titel „The Economic Consequences of Peace“, London 1919), Berlin 2006, S. 68 - 69 und 78.

³⁶ John Maynard Keynes, Krieg und Frieden (wie Anm. 35), S. 39.

trag in Deutschland schaffen könne und der dann mit der rechtsextremistischen Propaganda gegen das sog. „Versailler Diktat“ und mit der Dolchstoßlegende tatsächlich bald seine destruktiven Kräfte entfachen sollte.

Keineswegs war es die Absicht von Keynes, Deutschland mit seiner Kritik am Versailler Vertrag von einer verdienten Strafe zu verschonen.³⁷ Vielmehr war ihm schon damals wie gegenwärtigen Historikern die gesamteuropäische Konfliktkonstellation bewusst, die zum Krieg geführt hatte. Und noch mehr hatte er im Blick, dass Europa die Katastrophe des Krieges nur als eine wirtschaftliche Einheit von gleichermaßen florierenden Ländern überwinden konnte. „Europa ist eine Einheit in sich. Frankreich, Deutschland, Italien, Österreich und Holland, Russland, Rumänien und Polen leben miteinander; ihr Aufbau und ihre Kultur sind wesentlich eins.“ Auch mit England, den USA und anderen Ländern bildeten sie eine Einheit. „Wenn der europäische Bürgerkrieg damit enden sollte“, so warnte Keynes, „dass Frankreich und Italien ihre augenblicklich siegreiche Macht dazu missbrauchen, um Deutschland und Österreich-Ungarn, die jetzt am Boden liegen, zu zerstören, fordern sie auch ihren eigenen Untergang heraus. So tief und unlöslich sind sie durch geheime seelische und wirtschaftliche Bande mit ihren Opfern verkettet.“³⁸ Deshalb hielt Keynes den Teilnehmern der Pariser Friedensverhandlungen die Frage entgegen: „Müssen wir nicht unser Handeln auf den Glauben an eine bessere Zeit aufbauen und hoffen, dass der Wohlstand und das Glück eines Landes das der anderen fördert ... und dass die Völker, ohne sich zu schaden, einander noch immer als Brüder behandeln können?“³⁹ Nach der Katastrophe des Krieges könne die „europäische Familie“ nur dann zu einem dauerhaften gerechten Frieden gelangen, wenn sich Gewinner und Verlierer im „Gefühl der Weltzusammengehörigkeit“ neu begegnen, wenn sie Hass und Nationalismus überwinden und wenn sie gemeinsam wirtschaftlich tragfähige Grundlagen für eine europäische und weltweite Friedensordnung schaffen.⁴⁰

Nachdem John Maynard Keynes der Ökonomie nach der großen Weltwirtschaftskrise mit seinem Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ (1935) neue theoretische Wege gewiesen und dabei auch George und Gesell seine Wertschätzung bezeugt hatte, wandte er sich während des Zweiten Weltkriegs nochmals der Frage zu, wie danach ein ökonomisches Fundament für einen den Weltfrieden fördernden freien und gerechten Welthandel aussehen könnte. Sein Konzept einer „International Clea-

³⁷ John Maynard Keynes, Krieg und Frieden (wie Anm. 35), S. 89. Anstelle der im Versailler Vertrag geforderten Reparationen in Höhe von 132 Milliarden Goldmark empfahl Keynes Reparationsforderungen in Höhe von 40 Milliarden Goldmark. (S. 100 und 126)

³⁸ John Maynard Keynes, Krieg und Frieden (wie Anm. 35), S. 40 - 41. Vgl. auch S. 89.

³⁹ John Maynard Keynes, Krieg und Frieden (wie Anm. 35), S. 131

⁴⁰ John Maynard Keynes, Krieg und Frieden (wie Anm. 35), S. 121 - 122, 143 und 147.

ring Union“ stellte Keynes 1944 auf der Konferenz in Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire vor, wo die Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der späteren Siegermächte im Juli 1944 über eine Nachkriegsordnung für die Weltwirtschaft berieten.⁴¹

Dieses Konzept sah die Gründung einer Weltzentralbank vor. Bei ihr sollten alle sich freiwillig anschließenden Staaten der Erde Konten erhalten, über die ihre Importe und Exporte verrechnet werden könnten. Als Verrechnungseinheit sollte ein *über* allen Landeswährungen stehender „Bancor“ stehen. Der eigentliche Clou dieser „International Clearing Union“ bestand darin, dass Keynes für sie einen besonderen „inneren Stabilisierungsmechanismus“ vorgesehen hatte, der den Außenhandel eines jeden Staates und damit den ganzen Welthandel in ein Gleichgewicht bringen sollte. Und zwar sollten bei Schiefagen nicht nur Schuldnerstaaten Zinsen für ihre Defizite zahlen, sondern analog dazu sollten auch Gläubigerstaaten Strafzinsen für ihre Überschüsse bezahlen. Schuldner und Gläubiger sollten also einem *gleichen* Druck ausgesetzt werden, ihre Import-Export-Beziehungen auszugleichen. „Wir brauchen ein Mittel der Beruhigung für eine von Sorgen geplagte Welt, durch das jedes Land, das seine eigenen Angelegenheiten mit der nötigen Umsicht regelt, von den Sorgen befreit wird, die es nicht selbst zu verantworten hat.“⁴²

Zusammen mit den Boden- und Geldreformen von George und Gesell hätte Keynes' „Bancor-Plan“ ein wichtiger Baustein für einen wirtschaftspolitischen Neubeginn nach der Katastrophe von NS-Diktatur und Zweitem Weltkrieg sein können. Er hätte dazu beitragen können, das aus Kolonialzeiten stammende Nord-Süd-Gefälle auf der Welt allmählich einzuebnen, damit sich die Menschen aus allen Staaten der Erde auf einer ökonomisch gleichen Augenhöhe frei begegnen können. Leider konnte sich Keynes auf der Konferenz von Bretton Woods 1944 ebenso wenig durchsetzen wie 1919 bei den Versailler Friedensverhandlungen. In Bretton Woods wurde letztlich der Plan des us-amerikanischen Delegationsführers Harry Dexter White angenommen, der den USA eine globale Vormachtstellung sicherte, indem der US-Dollar zur internationalen Leitwährung erhoben wurde. Und die von den USA und anderen Industrieländern kontrollierten Bretton-Woods-Institutionen der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds und des GATT erhielten im neuen Weltwährungs- und Weltwirtschaftssystem ein eindeutiges Übergewicht gegenüber dem globalen Süden. Als schließlich zahlreiche Länder des Südens ab etwa 1980 in eine

⁴¹ John Maynard Keynes, International Clearing Union, in: Collected Writings Vol. 25, Cambridge 1980, S. 168 - 195; deutsche Übersetzung in Stefan Leber (Hrsg.), Wesen und Funktion des Geldes, Stuttgart 1989, S. 325 - 349, und auf der Website http://www.postwachstumsoekonomie.org/html/keynes_bancor-plan.html (Zugriff: 20.2.2014).

⁴² John Maynard Keynes (wie Anm. 41), S. 2 (Abschnitte 1 d und h in der Einleitung).

Schulden- und Zinsfalle gerieten, wurden ihnen unbarmherzige Strukturanpassungsprogramme auferlegt und von wenigen Ausnahmen abgesehen geriet Keynes' Bancor-Plan weitgehend in Vergessenheit.⁴³ -

Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs und 1948 auch in deutscher Übersetzung erschien ein Buch „Friedenswirtschaft“ des us-amerikanischen Ökonomen Kenneth Boulding (1910-1993), der einer britischen Quäkerfamilie entstammte und während des Krieges seine Universitätslaufbahn zeitweise unterbrach, um beim Völkerbund tätig sein zu können. Zwar zollte Boulding im Vorwort seines Buchs Keynes seinen dankbaren Respekt, aber dessen Bancor-Plan und den us-amerikanischen White-Plan erwähnte er nur kurz und ließ offen, welchen der beiden Pläne er bevorzugte.⁴⁴ Überhaupt setzte mit Bouldings Buch eine Verflachung des ökonomischen Denkens über Krieg und Frieden ein, das danach nicht wieder an Keynes' Gedankenklarheit heranreichte.

Mit seinen Gedanken über eine Umstellung der Rüstungs- und Kriegswirtschaft auf eine Friedenswirtschaft meinte Boulding keineswegs eine auf gleicher Teilhabe aller Menschen an den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen gegründete echte Friedenswirtschaft. Er wollte nur wieder an die sog. „Friedenswirtschaft“ der Zwischenkriegszeit anknüpfen, die Gesell als einen „bürgerlichen Wirtschaftskrieg“ charakterisiert hatte, und die wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen zügigen Wiederaufbau schaffen. Boulding wandte sich gegen die „Irrtümer Henry George's“. Und auch „das Gesamtsystem der Arbeiten“ von Silvio Gesell und anderen „Geldnarren ... steckt ... voller Irrtümer. ... Die Meinung, wirtschaftliche Gegensätze oder nur wirtschaftliche Schwierigkeiten wären die primäre Kriegsursache, schießt weit über das Ziel hinaus.“⁴⁵ Die Kritik an leistungslosen Einkommen aus Bodenrenten und Kapitalzinsen entschärfte Boulding, indem er kurzerhand auch die Löhne und Gehälter von abhängig Beschäftigten in industrialisierten Ländern als Vermögenseinkommen bezeichnete; sie würden nämlich auf dem aus körperlichen und geistigen Kräften bestehenden 'Vermögen' der Arbeiter und Angestellten beruhen. Und das Elend, in dem sich drei Viertel der Menschen auf der Welt befanden, war Boulding zufolge nicht durch eine wirtschaftliche Ausbeutung ver-

⁴³ Vgl. hierzu Elke Muchlinski, Kontroversen in der internationalen Währungspolitik – Retrospektive zu Keynes-White-Boughton und IMF, in: *Intervention – Zeitschrift für Ökonomie* Nr. 1 / 2005, S. 58 und 71 – 72, sowie Thomas Betz, Keynes' Bancor-Plan reloaded, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 164./165. Folge 2010, S. 38 - 49, auf der Website http://www.sozialoekonomie-online.de/ZFSO-164-165_Betz.pdf (Zugriff: 25.2.2014).

⁴⁴ Kenneth E. Boulding, *Friedenswirtschaft* (Erstausgabe 1944), Bern 1948, S. 9 und 246. - „Wahrscheinlich wird in irgendeiner Form eine internationale Währungsbehörde geschaffen werden, der unter anderem die Aufgabe obliegt, die Devisenkurse zu stabilisieren.“ (S. 248)

⁴⁵ Kenneth E. Boulding, *Friedenswirtschaft* (wie Anm. 44), S. S. 145 - 146 (George), 167 und 198 - 199 (Gesell) sowie 326 (mehr als nur wirtschaftliche Kriegsursachen).

ursacht, sondern durch „die fast gänzliche Unproduktivität des größten Teils der menschlichen Arbeit“.⁴⁶

6 2014: 100 Jahre nach dem Beginn des ersten Weltkriegs - Erneut eine hochexplosive Gemengelage

Angesichts des vom deutschen NS-Regime über die Welt gebrachten unermesslichen Leids wurde am 10. Dezember 1948 von den Vereinten Nationen eine „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ verabschiedet.⁴⁷ Als moralischer Maßstab zur Beurteilung der Politik war dieses „gemeinsame Ideal“ (Präambel) in den darauf folgenden Jahrzehnten von unschätzbarem Wert. Jedoch fehlte den VerfasserInnen damals der Blick für die unbedingte Notwendigkeit von Bestimmungen in nationalen und internationalen Rechtsordnungen, welche allen Menschen der Erde ein Grundrecht auf gleiche Teilhabe an den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen garantieren. Da dieses elementarste aller Menschenrechte bislang fehlt, ist es nicht verwunderlich, dass die gleiche Würde der Menschen und ihre Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 1 und 7) bislang noch in allen Staaten der Erde mehr oder weniger durch strukturelle wirtschaftliche Ungerechtigkeiten und politische Willkür verletzt werden. Zwar wird allen Menschen das Recht zugestanden, allein oder zusammen mit anderen Menschen über Eigentum zu verfügen, und sie haben einen Schutz vor „willkürlichem Raub“ ihres Eigentums. (Art. 17) Aber dieser Artikel verhindert nicht, dass arbeitende Mehrheiten durch eine permanente Umverteilung von Bodenrenten und Kapitalzinsen zu privilegierten Minderheiten strukturell beraubt werden, so dass sich das Eigentum in wenigen Händen konzentrieren kann. Und das proklamierte „Recht auf Arbeit“ und eine „gerechte und befriedigende Entlohnung“ (Art. 23) lässt noch völlig offen, ob es sich um ein Recht auf selbstbestimmte oder fremdbestimmte Arbeit handelt und was unter einem gerechten Lohn zu verstehen ist.

Der jedem Menschen zugebilligte „Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung“, in der die Menschenrechte überall verwirklicht werden (Art. 28), könnte ein Hebel für eine Nachbesserung der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ sein. Damit sich alle Menschen dieser Erde „im Geiste der Geschwisterlichkeit begegnen“ können (Art. 1), bräuchte es

1. ein unveräußerliches Menschenrecht auf eine gleiche Teilhabe am Boden, an den Ressourcen und übrigens auch an der Atmosphäre sowie

⁴⁶ Kenneth E. Boulding, Friedenswirtschaft (wie Anm. 44), S. 137 - 139.

⁴⁷ Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948, auf der Website <http://quellen.geschichte-schweiz.ch/allgemeine-erklarung-menschenrechte-uno-1948.html> (Zugriff: 28.2.2014)

2. neben dem Menschenrecht auf selbstbestimmte Arbeit auch ein Menschenrecht auf einen freien und gerechten, nicht von Privilegien verfälschten Austausch der Arbeitsprodukte.

Ohne ein solches gerechtes Fundament gerieten sowohl die einzelnen Staaten als auch die internationale Staatengemeinschaft nach 1945 in eine wirtschaftliche Schiefelage, auf der die strukturelle Gewalt allzu häufig zu offenen kriegerischen Gewaltausbrüchen führte. Während der Jahrzehnte des Kalten Krieges wurden menschliche Potenziale und natürliche Ressourcen in gigantischem Umfang für Rüstungswettläufe und Kriege verschwendet, was innerhalb der Ökonomie nur den an Marx orientierten Ökonomen Jörg Huffs Schmid zum Widerspruch veranlasste.⁴⁸

In der sog. Nachkriegszeit nach 1945 haben weltweit mehr als 200 kleinere, mittlere und größere Kriege stattgefunden, die nicht zuletzt auch der Entsorgung veralteter Waffensysteme und der Erprobung neuer Waffensysteme dienten. Auch nach der Ära des Kalten Krieges gehen sie zumeist in Asien, Lateinamerika und Afrika weiter - größtenteils in Form von asymmetrischen „neuen Kriegen“, bei denen sich nicht mehr nur Staaten oder Bündnisse wie die NATO und der Warschauer Pakt gegenüberstehen, sondern Staatenbündnisse und Guerillagruppen, Terrorzellen oder marodierende Banden. Der Teufelskreis von Ungerechtigkeit, struktureller und kriegerischer Gewalt, Zerstörung und Wiederaufbau dreht sich also unvermindert weiter. In den Kriegen in Afghanistan und im Irak wurden nach Schätzungen von Joseph Stiglitz und Linda Bilmes 2,3 - 3,5 Billionen US-Dollar ausgegeben. „Was hätten wir mit einer, zwei oder drei Billionen Dollar tun können? ... Man hätte einen Marshall-Plan für den Nahen Osten oder die Entwicklungsländer auflegen können.“⁴⁹

In erschreckendem Ausmaß werden Kinder als Soldaten benutzt. Landminen und sog. Kleinwaffen richten verheerende Verletzungen an. Auch in der sog. ‚Friedenswirtschaft‘ der entwickelten Industrieländer produziert die Rüstungsindustrie immer neue Waffensysteme bis hin zu modernen Kampfdrohnen. Und wie Jürgen Grässlin ausführlich dokumentiert hat, profitiert sie von ‚legalen‘ und illegalen Waffenexporten.⁵⁰ Die Welt ist also noch immer weit entfernt von einer Verwirklichung des Rechts aller Menschen auf Einkommen, Wohnung, Gesundheit, Bildung (Art. 24-27). Und nicht nur vor der Mittelmeerinsel Lampedusa wurde deutlich, dass sich noch immer viele Menschen auf der Flucht vor wirtschaftlicher Not und politischer Verfolgung befinden. -

⁴⁸ Jörg Huffs Schmid, Rüstungs- oder Sozialstaat?, Köln 1981.

⁴⁹ Joseph Stiglitz & Linda Bilmes, Die wahren Kosten des Krieges - Wirtschaftliche und politische Folgen des Irak-Krieges, München 2008, S. 14 - 16.

⁵⁰ Jürgen Grässlin, Schwarzbuch Waffenhandel - Wie Deutschland am Krieg verdient, München 2013.

Vgl. auch die Website <http://www.aufschrei-waffenhandel.de/>

In gesellschaftskritischen Debatten der letzten Jahrzehnte wurden häufig Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Krisen und Kriegen angenommen. In der Tat führten große Zerstörungen durch Kriege und übrigens auch durch große Erdbeben, Überschwemmungen und andere Naturkatastrophen Situationen eines Kapitalmangels herbei, der anlagesuchendem Geldkapital besonders in Krisenzeiten willkommene lukrative Anlagemöglichkeiten verschaffte und für ‚Beschäftigung‘ sorgte. Allerdings sind solche Zusammenhänge analytisch nur schwer zu fassen. Sehr bemerkenswert ist immerhin, dass Rüstungsfirmen häufig beide bzw. mehrere Konfliktparteien beliefern und dass es beim anschließenden Wiederaufbau Wettläufe um die großen Aufträge gibt. So berichtete der „Spiegel“ während des Balkankrieges über eine „erfreuliche Kehrseite“ der massenhaften Bombardierung von Produktionsanlagen und Infrastrukturen: „Beim Wiederaufbau werden vor allem westliche Konsortien gefragt sein. Die Deutsche Bank sieht die Zerstörung von Kriegsgerät, Fabriken und Brücken deshalb schon als tendenziellen Wachstumsmotor.“⁵¹

Alles in allem befinden wir uns 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs in Europa und weltweit wieder in einer äußerst komplizierten Gemengelage mit Kriegen und Bürgerkriegen in Afghanistan, im Irak, in Syrien sowie in Israel/Palästina oder im Südsudan. Japan, China und Vietnam streiten sich um Rohstoffvorkommen im südchinesischen Meer und in der pazifischen Inselwelt. China rüstet derzeit kräftig auf und will seine Militärausgaben nochmals um 12 Prozent erhöhen. Im Wege des Landgrabblings sicherten sich während der letzten Jahre Staaten und Konzerne vor allem in Afrika Landflächen von der Größe Westeuropas als Anbauflächen für Lebensmittel und Energiepflanzen.⁵² Für die Zukunft sind Ressourcen- und Klimakriege zu befürchten.⁵³ Und besonders zynisch sind Pläne, die globale Wachstumsökonomie auch noch mit denjenigen Ressourcen zu füttern, die sich in den Tiefen der Ozeane und bei weiter schmelzendem Polareis in der Arktisregion erbeuten lassen.

Seit dem Beginn der Finanz-, Schulden- und Eurokrise im Jahr 2008 hat sich auch gezeigt, wie sehr die ökonomische Stabilität der ganzen europäischen Integration wankt. Nachdem Zweifel an der ökonomischen Funktionsfähigkeit des Euro nicht ernst genommen wurden, bringt die Eurokrise nun genau das hervor, was durch die Einführung des Euro endgültig überwunden werden sollte: Ängste vor sozialem Abstieg und deutscher Dominanz führen in den peripheren

⁵¹ Helmut Creutz, Wirtschaftliche Triebkräfte von Rüstung und Krieg, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 128. Folge 2001, S. 21 - 38, hier: S. 30 - 32, auch auf der Website http://www.sozialoekonomie-online.de/ZfSO-128_Creutz-SD.pdf (Zugriff: 20.2.2014). - Rüdiger Falksohn & Dietmar Hipp, Wer soll das bezahlen?, in: Der Spiegel Nr. 23/1999, S. 30 - 31. - Roland Geitmann, Rüstung als Folge unseres Geldsystems, in: Ohne Rüstung Leben Nr. 51/1991.

⁵² Wilfried Bommert, Bodenrausch - Die globale Jagd nach den Äckern der Welt, Frankfurt 2012.

⁵³ Harald Welzer, Klimakriege - Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird, Frankfurt/M. 2008. - Ralph-M. Luedtke und Peter Strutynski, Kriege um Wasser, Energie & Rohstoffe - Die Politik entmilitarisieren, Kassel 2011.

Eurostaaten zu rechtspopulistischen Strömungen. Und nicht zuletzt fragt sich, was in einer fragiler werdenden Welt Bündnisse überhaupt noch wert, in denen sich ‚befreundete‘ Bündnispartner gegenseitig bespitzeln. Das Vertrauen zwischen Menschen und Völkern befindet sich offenbar in einem fortschreitenden Prozess der Auflösung. Und ganz aktuell erleben wir, wie sich die innere Zerrissenheit der Ukraine zwischen dem Westen und Russland in einem atemberaubenden Tempo zu bürgerkriegsähnlichen Gewaltausbrüchen gesteigert hat. „Krieg in Europa - Flächenbrand in der Ukraine“ - so war eine Titelgeschichte des Magazins „Der Spiegel“ überschrieben.⁵⁴

Obwohl *alle* Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass sich Kriege weder gewinnen lassen noch Konfliktlösungen hervorbringen, sondern nur traumatisierte und verstörte Zivilisten und Soldaten hinterlassen⁵⁵, setzt die Politik noch immer auf militärische Konflikt‘lösungen‘ als ultima ratio. Und Reden von Bundespräsident Gauck bei der letzten Sicherheitskonferenz in München („Neue Macht - Neue Verantwortung“) und andernorts wie auch Pläne der Verteidigungsministerin von der Leyen zeigen, dass die deutsche Außen- und Verteidigungspolitik gegenwärtig einen bedenklichen Weg ihrer stärkeren Militarisierung einschlägt.⁵⁶ Stattdessen sollte sie ein weltweit sichtbares politisches Zeichen setzen und die Bemühungen um gewaltfreie Konfliktlösungen sowie um die Ausbildung von zivilen Friedensfachkräften endlich - auch in größerem finanziellen Umfang - stärken.⁵⁷

Ob sich Gewaltausbrüche und Kriege allein durch eine gerechtere Wirtschaft überwinden lassen, lässt sich natürlich nicht mit Gewissheit sagen. Dennoch hat die uralte Hoffnung des Propheten Jesaja etwas Tröstliches, dass sich „Frieden auf Erden“ eines Tages als eine „Frucht der Gerechtigkeit“ ausbreiten wird.⁵⁸ Zumindest könnte es sich die Ökonomie mit einem neuen friedensökonomischen Forschungszweig zur Aufgabe machen, mit wirtschaftlicher Gerechtigkeit zur Befriedung der Welt beizutragen. Dadurch ließe sich vielleicht verhindern, dass sich das überall mehr oder weniger stark ausgeprägte materielle, seelische und geistige Durcheinander in der Welt wieder wie 1914 zu einer hochexplosiven Gemengelage mit unzähligen Luntten auswächst, bei denen irgendwo ein kleiner Funke genügt, um über eine Kettenreaktion die ganze Welt in Brand zu setzen. Deshalb liegt es in der besonderen Verantwortung der ökonomischen

⁵⁴ Der Spiegel Nr. 18/2014, S. 18 - 35.

⁵⁵ Vgl. Hierzu Sabine Würich & Ulrike Scheffer, Operation Heimkehr - Bundeswehrsoldaten über ihr Leben nach dem Auslandseinsatz, Berlin 2014.

⁵⁶ Joachim Gauck, Eröffnungsrede auf der Sicherheitskonferenz 2014 in München, auf der Website <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html> (Zugriff: 28.2.2014)

⁵⁷ Nähere Informationen über das Forum Ziviler Friedensdienst auf der Website <http://www.forumzfd.de/>

⁵⁸ Jesaja 32.17, zitiert nach der Bibel in gerechter Sprache, Gütersloh 2006, S. 709. „Dann wird die Gerechtigkeit Frieden schaffen und die Gerechtigkeit wird für immer Ruhe und Sicherheit bewirken.“

Fachwissenschaft, sich im Dialog mit der Friedens- und Konfliktforschung und mit der Friedensbewegung selbst als echte Friedensökonomie zu erneuern.